

DIETMAR HÜSER

POLITIK KALKULIRTER PROVOKATION IM ZEICHEN
STRUKTURELLER ASYMMETRIE

Frankreich und die Vereinigten Staaten, die deutsche Frage und der Kalte Krieg
1940–1950

I. Bilateraler Rahmen: Strukturen, Lehren, Interessen

Strukturelle Asymmetrie: Großmacht und Mittelmacht

Am 10. Mai begann die Westoffensive der Wehrmacht, am 14. Juni besetzten deutsche Truppen Paris, am 22. Juni erfolgte im historischen Salonwagen zu Compiègne der Waffenstillstand. Gerade einmal sechs Wochen hatten genügt, um Frankreich in »die schrecklichste Katastrophe unserer Geschichte«¹ zu führen. Die tiefe Identitätskrise, die sich darin manifestierte, besaß eine hexagonale wie internationale Dimension. Bis in die jüngste Gegenwart hinein sollte sie Eigen- und Fremdbilder maßgeblich prägen, damit französische Politik und Politik gegenüber Frankreich sichtlich beeinflussen. Die Niederlage traf einen traditionsgeprägten Staat mit zivili-satorischer Mission und universalistischem Anspruch. Den Prinzipien der Aufklärung verpflichtet und gewohnt, das Weltgeschehen durch ein nationales Prisma zu betrachten, erschütterte der Zusammenbruch das Land in seinen Grundfesten. Über das einzigartige militärische Desaster hinaus schien er als Implosion einer ganzen Nation, als Kollaps eines ganzen Volkes mit nachhaltigen Wirkungen auf Orientierungsvermögen und Selbstwertgefühl der Menschen².

Für viele knüpfte das Drama nahtlos an die Misere der 30er Jahre an, verlängerte und verschärfte sie. Es mündete in eine radikalisierte Form innerfranzösischer Bürgerkriege unter den Augen der deutschen Besatzungsmacht, ganz so als »existierte Frankreich nicht mehr, ... nur noch durch den gegenseitigen Haß der Franzosen aufeinander«³. Deren Energien zum Wohle der ganzen Nation produktiv zu kanali-

ISSN 0937-7751 · ISBN 3-7995-7262-7

FRANCIA – Forschungen zur westeuropäischen Geschichte

Herausgeber: Prof. Dr. WERNER PARAVICINI

Redaktion: Dr. MARTIN HEINZELMANN (Mittelalter), Prof. Dr. JÜRGEN VOSS (Frühe Neuzeit, 16.–18. Jh.),

Dr. STEFAN MARTENS (Zeitgeschichte, 19./20. Jh.)

Anschrift: Deutsches Historisches Institut (Institut Historique Allemand), Hôtel Duret de Chevry,
8, rue du Parc-Royal, F-75003 Paris

Verlagsadresse: Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co., Senefelderstr. 12, D-73760 Ostfildern

© 2001 by Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co.

Satz: Jan Thorbecke Verlag GmbH & Co.

Druck und Buchbindearbeiten: Druckhaus Thomas Müntzer, Bad Langensalza
Printed in Germany

1 Marc Bloch noch im Sommer 1940, zit. nach der deutschen Ausgabe: Marc BLOCH, Die seltsame Niederlage: Frankreich 1940. Der Historiker als Zeuge, Frankfurt a. M. 1992, S. 41.

2 Zur nationalen Identitätskrise als konstitutivem Bestimmungsfaktor konkreten diplomatischen Handelns im Nachkriegsfrankreich vgl. Robert FRANK, La hantise du déclin. La France 1920–1960: finances, défense et identité nationale, Paris 1994, S. 219–229 sowie Dietmar HÜSER, Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950, Berlin 1996, S. 43–111.

3 Raymond ARON, Der engagierte Beobachter, Stuttgart 1983, S. 60.

sieren, auf diese Weise den Sinn der traumatischen Ereignisse umzukehren, war zentrales Anliegen von Charles de Gaulle und der neuen Pariser Führungsgruppen, die im Zuge der Befreiung 1944/45 an die Schalthebel der Macht gelangten. Prägnante Notstandsdiagnose, konsequente Lösungsansätze und dauerhafte Modellwirkung legen nahe, die sechs Jahre vor und nach dem Debakel von 1940 als Sattelzeit französischer Geschichte im 20. Jahrhundert zu betrachten⁴.

Krise nationaler Identität, aber auch Krise internationaler Frankreichbilder: Rasanz und Ausmaß des Zusammenbruchs versetzten die Welt in Staunen. Respekt für die republikanische Tradition und Hoffnung auf die kontinentale Bastion gegen Hitler schlugen auch in den Vereinigten Staaten abrupt in Bestürzung, Geringschätzung und Herablassung um. Erneut florierte das Bild des unsicheren Kantonisten, der doch – bei allem Rekurs auf gemeinsame revolutionäre Ursprünge der Schwester-Republiken – immer recht fremd geblieben war, politisch-kulturell meilenweit entfernt, stets gut für Unruhe und Unordnung, für Überraschungen und Abenteuer⁵.

Besser als jedes andere Ereignis markiert das Fiasko vom Frühsommer 1940 die Gabelung im bilateralen Kräfteverhältnis des 20. Jahrhunderts. Frankreich sah sich mit der schmerzlichen Gewißheit konfrontiert, ein für allemal seinen Rang als Weltmacht eingebüßt zu haben. Die Vereinigten Staaten dagegen schickten sich mehr und mehr an, eine solche Rolle zu spielen. Vergangene Überlegenheit(sgefühle) waren in akute Unterlegenheit umgekippt⁶. Während Washington im weiteren Kriegsverlauf seine Botschaft, Freiheit und Wohlstand über die eigenen Grenzen hinauszutragen, in Europa und Asien selbstsicher zu untermauern wußte, hatte sich de Gaulle einsteilen damit zu bescheiden, Frankreich mit rhetorischen Mitteln und symbolischen Aktionen als Machtfaktor im Krieg zu halten.

Eine strukturelle Asymmetrie bildete fortan die Geschäftsgrundlage transatlantischer Beziehungen bis weit über die frühen Nachkriegsjahre hinaus. Gemeint sind Unterschiede in den jeweiligen machtpolitischen und wirtschaftlichen Potentialen wie auch der Umgang damit angesichts verinnerlichter Denk- und Handlungsweisen diplomatischer Entscheidungsträger auf beiden Seiten des Atlantiks. Gerade diese kulturelle Dimension – die Schaffung bzw. Tradierung nationaler (Außen-)Politikstile, spezifischer Selbst- und Fremdwahrnehmungen, Symbole und Ideologien sowie kollektiver Erfahrungen und Lehren aus der Vergangenheit, kurz »*the ideological or intellectual underpinnings of a nation's behaviour towards others*«⁷ – erscheint

4 Sinngemäß Stanley HOFFMANN, *The Trauma of 1940: A Disaster and its Traces*, in: *Historical Reflections/Réflexions Historiques* 22 (1996) S. 287–301 (288).

5 Dazu Charles G. COGAN, *Oldest Allies, Guarded Friends. The United States and France since 1940*, Westport/London 1994, S. 8–15, 199–208; in sprach- bzw. geschlechtergeschichtlicher Sicht Frank COSTIGLIOLA, *L'image de la France aux Etats-Unis*, in: Robert FRANK (Hg.), *Images et imaginaires dans les relations internationales depuis 1938*, Paris 1994, S. 93–109.

6 Vgl. Richard F. KUISEL, *Seducing the French. The Dilemma of Americanization*, Berkeley, Los Angeles, London 1993, S. 17f.

7 Vgl. Akira IRIYE, *Culture and International Relations*, in: Michael J. HOGAN, Thomas G. PATERSON (Hg.), *Explaining the History of American Foreign Relations*, Cambridge 1991, S. 214–225 (217). Ähnlich der *ideology-approach* von Michael H. HUNT, *Traditions of American Diplomacy: from Colony to Great Power*, in: Gordon MARTEL (Hg.), *American Foreign Relations Reconsidered 1890–1993*, London, New York 1994, S. 1–20 (10), der von »*intellectual baggage that policymakers carry into office*« spricht.

wesentlich, um bilaterale Konfliktkonstellationen nach Motivation und Tragweite abzustufen.

Für die Jahrzehnte des Kalten Krieges läßt sich durchgängig feststellen, daß die unzähligen, vor allem während der Präsidentschaft de Gaulles leidenschaftlich ausgetragenen Meinungsverschiedenheiten nie fundamentale Optionen im Ost-West-Gegensatz in Frage stellten. Im Notfall konnten die Vereinigten Staaten stets auf dezidierte Unterstützung aus Frankreich zählen. Die Auseinandersetzungen bewegten sich auf anderen Ebenen, hatten einmal zu tun mit dem Ausloten autonomer Handlungsspielräume innerhalb des westlichen Bündnisses, dann mit außenpolitischen Stilfragen, ideologischen Grundhaltungen und diplomatischen Gepflogenheiten, schließlich mit kulturellen Mißverständnissen und Fehlwahrnehmungen⁸. Unter den Bedingungen struktureller Asymmetrie standen sich zwei tief in den politisch-kulturellen Traditionen diesseits wie jenseits des Atlantiks wurzelnde universalistisch-missionarische Diplomatieverständnisse gegenüber.

Auch für die bilateralen Beziehungen in den 40er Jahren sagen Konfliktfelder und Konflikthäufigkeit allein wenig aus über tiefgreifende Divergenzen, über diametral entgegengesetzte politische Planungen und Praktiken. Die Kriegsjahre standen für die Freien Franzosen in London, später in Algier, ganz im Zeichen eines Anerkennungskampfes nach außen parallel zum Durchsetzungskampf gegenüber dem inneren Widerstand. Die dafür unternommenen Anstrengungen waren spektakulär, die Opfer beträchtlich, die Schwierigkeiten vielfältig, die Methoden anfangs umstritten, aber die Erträge letztlich eindrucksvoll. Bei Kriegsende dann hatten beide Länder zu lernen, nun auch in Friedenszeiten mit dem neuen Status auf der internationalen Bühne umzugehen, mit der relativen Machtfülle einerseits, der relativen Machtlosigkeit andererseits.

Auf beiden Seiten des Atlantiks 1940 fest verankert, bildet der Konsens über eine strukturelle machtpolitische Diskrepanz den Schlüssel zum Verständnis der komplexen Beziehungen zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten, wie sie seit 1944/45 im Zeichen von deutscher Frage und Kaltem Krieg zutage traten. Dafür gilt es zunächst das Umfeld abzustecken. Es wird zu zeigen sein, daß die Ost-West-Konfrontation schon früh Schatten vorauswarf und akzidentielle amerikanisch-französische Konfliktmuster im Krieg und danach nicht prinzipielle Interessenunterschiede bedeuteten. Beide Länder waren tief aufeinander angewiesen, die fundamentalen finanzwirtschaftlichen und militärstrategischen Optionen durchaus komplementär. Selbst in der Deutschlandpolitik lagen die Auffassungen nicht meilenweit auseinander, gehörten Dominanz und Integration hier wie dort konzeptionell zusammen. Angesichts gewaltiger innen- und außenpolitischer Zwänge ließen sich freilich in Paris realistische Zielperspektiven nicht ähnlich leicht öffentlich formulieren wie in Washington. Offiziell blieb es damit vorerst beim traditionellen Revanchediskurs.

Konkret veranschaulichen dies die bilateralen Verhandlungspraktiken. Es stellt sich vor allem heraus, daß die Supermacht-These, die einen kausalen Nexus zwischen amerikanischem Machtpotential bei Kriegsende und dessen unmittelbaren Einsatzmöglichkeiten in der transatlantischen Tagespolitik herstellt, einer Relativie-

8 Pointiert Stanley HOFFMANN, *Comment*, in: Robert O. PAXTON, Nicholas WAHL (Hg.), *De Gaulle and the United States. A Centennial Reappraisal*, Oxford, Providence 1994, S. 413–416.

rung bedarf. Offenbar gab es keine geeigneten Instrumentarien, um strukturelle Macht stets in konjunkturellen Druck umzumünzen. Eigene Projekte in Westeuropa standen auf dem Spiel, die Vereinigten Staaten deutschland- und frankreichpolitisch unter Handlungszwang, je mehr sich der Kalte Krieg erhitzte. Umgekehrt läßt sich zeigen, wie Paris seinerseits – und nicht einmal erfolglos – versuchte, die deutsche Frage als Trumpf im Poker mit Washington einzusetzen. Das Kultivieren maximalistischer Deutschlandpositionen gehorchte nicht mehr nur innenpolitischer Notwendigkeit, sondern auch außenpolitischer Nützlichkeit. Es verlieh essentiellen Sicherheitsplänen zusätzliche Durchschlagskraft und erhöhte die Chance auf akzeptable Kompromisse. Die Politik kalkulierter Provokation schien ohne gangbare Alternative.

Ein Blick auf die hitzigen Debatten der Folgejahrzehnte läßt die Auseinandersetzungen um die deutsche Frage zwischen 1945 und 1950 in anderem Licht erscheinen und verweist auf bislang unterbelichtete Kontinuitätslinien. Für das Scheitern einer zeitigeren formellen Annäherung zwischen Paris und Washington, wie sie sich seit Sommer und Herbst 1948 allmählich manifestierte, waren taktische Überlegungen nicht weniger verantwortlich als grundsätzliche Optionen. Denn in Frankreich ging es immer auch um innen- und außenpolitische Zwänge und Chancen, die unterschiedliche diplomatische Winkelzüge zur Wahrnehmung nationaler Interessen präjudizierten.

Kriegsbeziehungen: Konflikt und Konsens

Die Beziehungen des Freien Frankreichs zur Sowjetunion, zu Großbritannien und den Vereinigten Staaten gestalteten sich während des Zweiten Weltkrieges höchst unterschiedlich. Äußerlich recht spannungsfrei erwies sich das Verhältnis zu Moskau. Doch beruhte die relative Konfliktarmut ganz maßgeblich auf geringen Kontaktfrequenzen sowie begrenzten Erwartungs- und Bedeutungszumessungen. Tatsächlich standen möglichen Gemeinsamkeiten vielfältige Unsicherheitsfaktoren für eine Zusammenarbeit bei Kriegsende gegenüber. Die Sorge über eine »Russie soviétique«, die »sera incontestablement et de loin, après la défaite de l'Allemagne, la première puissance militaire du continent«⁹ war früh weit verbreitet. Neben der langfristigen Ausschaltung einer deutschen Gefahr galt es auch, eine potentielle Bedrohung durch die Sowjetmacht konzeptionell zu fassen. Vor allem wirkte das Rapallo-Trauma fort. Unter den absehbar schwierigen materiellen Bedingungen im Nachkriegsdeutschland schien es, daß »du national-socialisme au national-soviétisme, il n'y aurait qu'un pas«¹⁰. Eine deutsch-sowjetische Annäherung könne keinesfalls im Sinne Frankreichs sein, wohl aber »à laisser agir en Allemagne les autorités russes qui apporteront ... une rigueur et une absence de scrupules dont nous sommes incapables«¹¹.

9 Maurice Dejean, Vertreter des Freien Frankreich bei den alliierten Regierungen in London, Relations franco-soviétiques, 4.11.43, AMAE PAAP 288/74.

10 Perspectives allemandes, Mars 1943, AMAE Papiers 1940 BECH 113; ähnlich Hervé Alphand, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Note pour le Comité (projet) a.s. Problèmes économiques de l'Armistice, 3.3.44, AMAE GU (1939/45) 717.

11 CFLN, Commissariat aux affaires étrangères, Remarques sur le futur armistice, 27.4.44, AMAE GU (1939/45) 716.

Daneben gebot die absehbare Stärke französischer Kommunisten bei der Befreiung des Landes eine gewisse Vorsicht gegenüber einer Sowjetunion als neuer östlicher Großmacht mit direktem Draht in die hexagonalen Verhältnisse: »de l'œil droit de Gaulle voyait la Russie, mais de l'œil gauche il voyait le mouvement communiste international«¹². Eine solch zwiespältige Haltung teilten die Exponenten des äußeren Widerstands mit den Kräften in Frankreich, die bald – wie Georges Bidault oder Jean Chauvel – Schlüsselstellen im Quai d'Orsay einnehmen sollten. Kommunistische Minister in der Provisorischen Regierung, Sowjetkontakte zur internationalen Prestigesteigerung, taktisches Zusammengehen im Einzelfall und offizielle Schaukelpolitik waren die eine Seite der Medaille, Illusionslosigkeit über die Natur des östlichen Partners und dauerhafte Kooperationsmöglichkeiten sowie ein ausgeprägtes Bewußtsein prinzipieller Zugehörigkeit zum westlichen Lager die andere. Im übrigen lagen die engen Grenzen sowjetischer diplomatischer Hilfsbereitschaft auf der Hand und blieben nicht folgenlos für künftige Erwartungen.

De Gaulles Moskaubesuch im Dezember 1944 vermochte daran nichts zu ändern. Neben handfesten innerfranzösischen Motiven ging es zentral um Restauration und Demonstration außenpolitischer Manövrierfähigkeit und den Versuch, Chancen auszuloten für eigene Deutschlandforderungen. Die Ergebnisse waren vieldeutig, befriedigend, aufschlußreich und ernüchternd zugleich. Befriedigend erschienen sie insofern, als der Pakt zwischen Moskau und Paris innenpolitisch einen vollen Erfolg darstellte und außenpolitisch das französische Ansehen eher erhöhte. Aufschlußreich war die Reise, weil die angelsächsischen Reaktionen die Wirksamkeit der gaullistischen Taktik kalkulierter Provokationen und den Wert Frankreichs für die Westalliierten erneut unterstrichen. Ernüchternd wirkte, daß mit der Sowjetunion in national existentiellen Fragen weiterhin nicht wirklich ins Geschäft zu kommen war¹³. Für die Durchsetzung formaler Gleichberechtigung in der außen- bzw. deutschlandpolitischen Gestaltung der Nachkriegsordnung, von den Planungen der Reparationskommission bis zur eigenen Besatzungszone, brauchte Frankreich andere Mentoren.

Fast spiegelbildlich – innere Verbundenheit bei permanenten Disputen – gestaltete sich während der Widerstandsjahre das Verhältnis zu Washington. Präsident Roosevelt und Außenminister Hull schenkten dem französischen Brigadegeneral wenig Beachtung, trauten sie ihm doch kaum mehr als eine Statistenrolle im Nachkriegsfrankreich zu. Sein Auftreten und Handeln schien ihnen als Fortsetzung der »*querelles entre Français*«¹⁴, die 1940 das Desaster überhaupt erst ermöglicht hatten. Ein Hauch sozialrevolutionärer Anschauungen lag über de Gaulle. Washingtoner Regierungskreise sagten ihm blinden Ehrgeiz und diktatorische Gelüste nach. Während Großbritanniens Premier Churchill den eigenwilligen Chef der Freien Franzosen trotz zahlreicher Reibereien und Aufgeregtheiten mit Wohlwollen betrachtete, die gaullistische Bewegung pragmatisch, aber kategorisch stützte, setzten – vom Kriegs-

12 Zeitzeugenbeitrag Jean LALOY, in: Jean LACOUTURE, Roland MEHL (Hg.), De Gaulle ou l'éternel défi, Paris 1988, S. 159f.

13 Vgl. die zahlreichen Hinweise im Privatnachlaß Georges Bidaults, AN 457 AP 82 bzw. 83.

14 Diesen Eindruck brachte Großbritanniens Außenminister Anthony Eden von einer US-Reise mit nach London zurück, vgl. Conversation avec M. Eden, 6.4.43, AMAE GU (1939/45) 1474.

ende aus betrachtet – Roosevelt und seine Berater konsequent auf die falschen Pferde: von Pétain über Darlan bis hin zu Giraud¹⁵. Anfangs mochten sich noch gute Gründe für die diplomatische Reserviertheit gegenüber de Gaulle ins Feld führen lassen. Doch das Festhalten an der Legitimität Vichys, dann die Verzögerungsmanöver, was eine Anerkennung der Exilregierung anbelangte, galten bald der inneren wie der äußeren Résistance als Starrköpfigkeit, die Washington allein im Kriegsgaullismus zu erkennen glaubte.

Beide Seiten engagierten sich nicht übermäßig für ein besseres Klima. Mannigfaltige Reibungspunkte und teilweise massive Konflikte durchzogen die gesamten Kriegsjahre wie ein roter Faden, von militärisch-territorialen Zwischenfällen über politisch-administrative Auseinandersetzungen bis hin zu wirtschaftlich-technischen Verteilungskämpfen um eine angemessene Versorgung mit Waffen und sonstigen Hilfsleistungen. Neben Souveränitäts- und Statusfragen waren es Unfälle, Taktlosigkeiten und Mißverständnisse, die bestehende Bilder erhärteten. Luftangriffe der *American Air Force* riefen mehrfach Freifranzösische Proteststürme hervor. Verglichen mit der britischen Luftwaffe nähme sie höhere Verluste unter Zivilisten in Kauf und diskreditierte nachhaltig die Vereinigten Staaten als Alliierte sowie den gesamten äußeren Widerstand¹⁶. Ähnliche Wirkungen zeitigten per Flugzeug verteilte anti-gaullistische Propagandamaterialien¹⁷. Fragen der Behandlung kolonialer Minderheiten boten Anlässe zu Querelen und offenbarten transatlantische Kulturbarrieren. »*Les Américains parquent les noirs dans des locaux publics séparés*«, zeigten sich französische Diplomaten entrüstet und vermochten kaum nachzuvollziehen, daß Regierungsvertreter – obschon solch schockierender Praktiken gegenüber Farbigen – die Europäer zur »*émancipation hâtive des colonies*« drängten¹⁸.

Respektives Nichtverstehen(wollen) war – von wenigen Ausnahmen abgesehen – an der Tagesordnung im Verhältnis zwischen amerikanischen und französischen Politikern der Zeit¹⁹. De Gaulles Weigerung, den US-Präsidenten auf dessen Rückreise von der Jalta-Konferenz in Algier zu treffen, markierte einen letzten Höhepunkt des Kleinkrieges. Der Kreislauf wechselseitiger Dünnhäutigkeiten und Fehlwahrnehmungen blieb bis zuletzt undurchbrochen. Erst nach Roosevelts Tod im April 1945 gestaltete sich der Umgang ein wenig emotionsloser, realitätsnäher und berechenbarer, ohne daß dies für die Zukunft Kollisionen ausschloß.

Und dennoch gingen im amerikanisch-französischen Verhältnis punktuelle Konfliktvielfalt mit strukturellen Konvergenzen einher, im französisch-sowjetischen relative Konfliktarmut mit prinzipiellen Divergenzen. Die Widerstandsjahre und die

15 Zum allmählichen Einschätzungswandel gegenüber de Gaulle im State Department seit Sommer 1943 vgl. nun Gloria Elizabeth MAGUIRE, *Anglo-American Policy towards the Free French*, Oxford 1995, S. 88f.

16 Vgl. Note pour le Général de Gaulle, 9.4.43, AMAE GU (1939/45) 1477; für die Endphase des Krieges z. B. Rapport sur le bombardement de Royan, 16.1.45, SHAT 7 P 204.

17 Brief Viénot an Massigli a.s. propagande américaine en France, 10.7.43, AMAE GU (1939/45) 1488.

18 Travaux de la Conférence de Hot Springs, 23.1.45, SAEF B 33000. Zur historischen Dimension solch kultureller Mißverständnisse vgl. nun Pierre GUERLAIN, *Miroirs transatlantiques. La France et les Etats-Unis entre passions et indifférences*, Paris 1996, S. 151–154.

19 Vgl. Telegramm Finanzminister René Pleven an Christian Valensi, Finanzattaché in Washington, 24.1.45, SAEF B 33013.

mehr oder weniger konfliktträchtigen freifranzösischen Beziehungen zur Sowjetunion und den Vereinigten Staaten lassen nicht ohne weiteres Rückschlüsse zu auf die Bewertung langfristiger Kooperations- und Nutzungschancen durch Pariser Führungszirkel bei Befreiung und Kriegsende. Unter der Oberfläche taktischer Geplänkel konnte von Moskau als wirklicher Alternative zu Washington keine Rede sein, denn die »*final choice is not in doubt*«²⁰.

Zwar waren auch die transatlantischen Zwistigkeiten alles andere als folgenlos. Für Regierungspraxis und Öffentlichkeitswahrnehmung der beiden westlichen Demokratien zeitigten sie in den Nachkriegsjahren beträchtliche psychologische und politische Konsequenzen, wirkten bis auf die deutschland- und besatzungspolitischen Praktiken zurück. Und gleichwohl waren sie es auf einer anderen Ebene, bilden doch die Differenzen nicht die historische Realität als Ganzes ab. Die plakativen und detaillierten Schilderungen der Einzelkonflikte, auf die sich die Forschung lange konzentrierte, verdecken einmal gewichtige strukturelle Gemeinsamkeiten und Verflechtungen, zum anderen vitale Interessen an- und folgenschwere Abhängigkeiten voneinander. Sie traten zutage, als das leidige Thema völkerrechtlicher Anerkennung der Provisorischen Regierung endlich ad acta gelegt war: Washington und Paris als »*allies in spite of themselves*«²¹?

Interessenlagen: Konvergenz und Diskrepanz

Die Beziehungen in den ersten Nachkriegsjahren bildeten keine Einbahnstraße. Vielmehr waren die Interessen, die Abhängigkeiten und die Zugeständnisse zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten wechselseitiger Natur. Beide Länder waren vielfältig aufeinander angewiesen, die Akteure dieseits wie jenseits des Atlantiks waren sich dessen bewußt, agierten und taktierten dementsprechend. Eine bilaterale Konstellation erwuchs, die sich selbst im Zuge verschärfter Ost-West-Polarisierung nicht grundlegend wandelte. In der globalen Auseinandersetzung mit dem Kommunismus brauchte die westliche Führungsmacht erst recht Freunde, selbst wenn sie einiges kosteten²².

Frankreichs wirtschaftliche Ansinnen gegenüber den Vereinigten Staaten lagen auf der Hand. Das Land ging ausgeblutet und ruiniert aus den Besatzungsjahren und Befreiungskämpfen hervor. Früh bot sich ein Teufelskreis der Engpässe dar, der Wiederaufbau- und Modernisierungsprämissen dramatisch in die Länge zu ziehen drohte. Nach Lage der Dinge kam niemand anders als Washington in Frage, um kurzfristig Abhilfe zu schaffen. Die Einsicht in den »*caractère aigu de notre situation en dollars*«²³ schlug Brücken von eher liberalen zu eher sozialistisch geprägten, von eher amerikanophilen zu eher anglophilen Persönlichkeiten. Und Außenminister

20 Raymond ARON, *Reflections on the Foreign Policy of France*, in: *Politique Etrangère* 21 (1945) S. 437–447 (444).

21 Robert DALLEK, *Roosevelt and de Gaulle*, in: PAXTON, WAHL (wie Anm. 8) S. 49–61 (60).

22 Günter BISCHOF, *Der Marshall-Plan in Europa 1947–1952*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B* 22/23 (1997) S. 3–16 (5).

23 Telegramm René Mayer, Kommissar für Kommunikation und Handelsmarine/Pierre Mendès France, Finanzkommissar im CFLN, an Jean Monnet, 21.3.44, SAEF B 33002.

Bidault machte das »*il nous faut obtenir des crédits*«²⁴ zu einer zentralen diplomatischen Leitlinie. Es galt möglichst viele finanz-ökonomische Vorteile herauszuschlagen, schienen sie doch einen Rekonstruktionsvorsprung im Nachkriegseuropa zu verbürgen.

Neben wirtschaftliche traten militärstrategische Perspektiven. Gerade das fortwirkende Rapallo-Trauma ließ einen dauerhaften Verbleib amerikanischer Soldaten auf dem Kontinent unabdingbar erscheinen. Mehrere, im Sommer und Herbst 1945 durch de Gaulle und Bidault angebahnte Initiativen für eine künftige transatlantische Sicherheitspartnerschaft unterstreichen, daß die »Russen am Rhein« mehr waren als ein taktisches Argument im diplomatischen Verkehr²⁵. Sie dokumentieren die ständige Sorge »*que le militaire américain se désintéresse du sort de l'Europe*«, und daß »*une évacuation anticipée de la zone américaine*«²⁶ ein fatales Machtvakuum nach sich zöge.

Da Washington sehr wohl um das Gewicht eines politisch stabilen und wirtschaftlich rekonvaleszenten französischen Staates im Nachkriegseuropa wußte, waren seine Interessen gegenüber Frankreich durchaus gleichgerichtet. Beamte des State Department hofierten die Pariser Kollegen förmlich²⁷. Erhöhte Absatzchancen für Waren aus der Neuen Welt und verbesserte Investitionsmöglichkeiten im Rahmen der *open-door-policy* spielten eine bedeutende Rolle²⁸. Erneut gingen finanzwirtschaftliche und militärstrategische Optionen Hand in Hand angesichts globaler Nachkriegsprobleme und industrieller Stagnation der westlichen Verbündeten, allgemeiner Schwierigkeiten der Wirtschaftslenkung und zeitgleicher Entfaltung einer sowjetischen nicht-kapitalistischen Sphäre.

Schon bei Kriegsende war die Konzeption nationaler Sicherheit in den Vereinigten Staaten breit angelegt, und Frankreich kam darin eine kontinentaleuropäische Schlüsselrolle zu. Im Bewußtsein eigener Stärke verglichen mit Moskau erwartete Washington zwar keinen militärischen Coup Stalins in der Alten Welt. Dennoch bangte die Administration, kommunistische Parteien vor Ort könnten die heikle materielle Lage ausnutzen und die Sowjetunion daraus Kapital schlagen²⁹. Selbst potentielle politische Unruhe und soziale Gärung hatten überaus sensible Reaktionen zur Folge, in Asien wie Europa. Frankreich galt als ganz besonders exponiert, von daher im nationalen Interesse ökonomisch unterstützens- und politisch schonenswert.

24 Audition Bidault/Alphand, Leiter der Wirtschaftsabteilung im Quai d'Orsay, SAAN Com.Éco.Nat. 27.3.46.

25 Vgl. MAE, Le problème rhéno-westphalien, 22.1.45, AN 457 AP 60. Als Zeitzeuge Pierre BILLOTTE, Le temps des armes, Paris 1972, S. 403–409, 429–437.

26 Georges Bidault, Répercussion de la crise morale des troupes américaines en Allemagne, 27.2.46, AMAE Y (1944/49) 419; daneben Bidaults Bemerkungen vor dem außenpolitischen Ausschuß der Konstituante, SAAN Com.Aff.Étr. 5.12. bzw. 12.12.45.

27 Vgl. Botschafter Jefferson Caffery gegenüber de Gaulle, 5.5.45, FRUS 1945 (IV) S. 686f.; unzählige Hinweise in französischen Archivalien, z. B. AMAE B Amérique (1944/52) États-Unis 119 o. AN 457 AP 80.

28 Dazu Frank COSTIGLIOLA, France and the United States. The Cold Alliance since World War II, New York 1992, S. 44–47.

29 Vgl. Melvyn P. LEFFLER, National Security and US Foreign Policy, in: DERS., David S. PAINTER (Hg.), Origins of the Cold War. An International History, London, New York 1994, S. 15–52 (23f., 37f.).

Mit Blick auf die deutsche Frage nach dem Zweiten Weltkrieg waren die Folgen für die amerikanisch-französischen Beziehungen manifest. Druck und Zwang galten der Forschung traditionell als eindeutig und einseitig verortet. Hatten nicht erst politische und wirtschaftliche Pressionen seitens der neuen westlichen Führungsmacht das widerspenstige Frankreich 1947/48 dazu gebracht, schrittweise von seiner kompromißlosen Revanchepolitik gegenüber dem besiegten Deutschland abzurücken und in permanenten Rückzugsgefechten auf die anglo-amerikanische Linie einzuschwenken? Die Dinge schienen offensichtlich: Die Vereinigten Staaten als machtpolitisch Starker hatten Frankreich als machtpolitisch Schwachem den eigenen Willen aufzwingen vermocht. Zum einen aber waren dafür die Abhängigkeiten, zum anderen die Deutschlandpolitiken selbst viel zu komplex.

Denn tatsächlich entsprachen nicht nur in frühen amerikanischen, sondern auch in französischen Deutschlandansätzen Integrationsaspekte gewichtigen argumentativen Fluchtpunkten. Der Gedanke, die Gunst der Stunde zu nutzen, um ein ökonomisches Übergewicht in Westeuropa dauerhaft zu etablieren, implizierte keineswegs eine Zerstörung deutscher Industriestrukturen. Ziel war die Umkehrung wirtschaftlicher Machtverhältnisse, ein relevanter Rekonstruktionsvorsprung Frankreichs als Garantie künftiger Sicherheit und Friedensbemühungen, als Mittel und Fundament eines integrationsorientierten Vorgehens: »*La solution de ces problèmes ne peut être trouvée que dans un contrôle étroit de l'économie allemande, contrôle envisagé non point seulement du point de vue des réparations, mais en vue d'intégrer définitivement l'économie allemande dans l'économie européenne. La question des réparations ne saurait, en effet, être dissociée de l'organisation économique de l'Europe de demain*«³⁰.

Deutschlandpolitiken: Dominanz und Integration

Bemerkenswertestes Kennzeichen französischer Deutschland- und Besatzungspolitik war die Ambivalenz auf allen Entscheidungsebenen³¹. Sie von vornherein als analytisch unangemessen abzutun und mit dem Stigma interpretatorischer Beliebigkeit oder exkulpatorischer Absicht zu belegen, heißt, die Komplexität struktureller Zwänge im Hexagon auszublenden, auf der sie beruhte. Frankreichs Deutschlandpolitik läßt sich mit schwarz-weißen Bildern nicht fassen, weder für einzelne diplomatische Protagonisten noch für parteipolitische Lager und Kontinuitätsannahmen über Befreiung und Kriegsende hinaus. Selbst idealtypisch wirken die klassischen Gegensatzpaare konstruiert: der äußere Widerstand wollte die Rheingrenze und die nicht-kommunistische innere Résistance die kollektive Sicherheit, die Gaullisten wollten Dominanz des besiegten Nachbarn mit destruktiver Praxis vor Ort und die

30 Vgl. Alphand an Dejean, 6.3.44, AMAE GU (1939/45) 727. Sinngemäß Alphand, Note, 3.12.43, AN 457 AP 82; Massigli an Béthouart, Generalstabschef für Nationale Verteidigung in Algier, 23.5.44, AMAE GU (1939/45) 716; Allocution Plevin, 7.4.45, SAEF 5 A 7.

31 Vgl. schon Rainer HUDEMANN, Sozialpolitik im deutschen Südwesten zwischen Tradition und Neuordnung 1945–1953. Sozialversicherung und Kriegsopferversorgung im Rahmen französischer Besatzungspolitik, Mainz 1988, S. 28f. Zu Forschungsentwicklung und -stand französischer Deutschlandpolitik DERS., Reparationsgut oder Partner? Zum Wandel in der Forschung über Frankreichs Deutschlandpolitik nach 1945, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 6 (1997) S. 31–40.

Sozialisten Integration mit konstruktiven Ansätzen, die Erbfeindschaftsideologen de Gaulle bzw. Bidault wollten Revanche und Ausbeutung zur Restauration des französischen Nationalstaats und die Europaidealisten Schuman bzw. Monnet grenzüberschreitende Kooperation zu dessen Überwindung. Tatsächlich aber erweisen sich die Grenzen zwischen solchen Idealtypen als durchaus fließend.

Es war nicht schwierig, der französischen Politik im nachhinein den Prozeß zu machen und Georges Bidault zum Sündenbock zu stempeln. Genauso leicht war es freilich für den Außenminister »de répondre qu'il fait précisément la politique, souvent absurde, que lui impose le rapport des forces en France et les préjugés de ses concitoyens«³². In Anbetracht der akuten inneren und äußeren Zwänge wählten sich die Akteure während der Monate nach Befreiung und Kriegsende nicht in einer Zeit unbegrenzter Machbarkeit. Frankreich 1944/45 war kein Traumland rationaler Beschlußfassung, in dem sich die Nachkriegswelt nach eigenem Gutdünken modellieren ließ. Alle Optionen waren auf einen eventuellen Nutzen hin zu prüfen, ohne gleich konkrete Ansprüche festzulegen und Spielräume einzuengen³³. Ein hohes Maß an Flexibilität, Offenheit und Entwicklungsfähigkeit galt als Nonplusultra³⁴.

Bereits die frühesten Widerstandskonzeptionen in Algier hatten morgenthauähnlichen Ansprüchen oder anderen rein destruktiven Projekten eine Absage erteilt. Spätere Pariser Polit- und Verwaltungsspitzen warnten 1943/44 vor fatalen Konsequenzen einer Revanche- und Desindustrialisierungspolitik, betonten die Risiken materieller Notlagen, hoher Arbeitslosigkeit, allgemeiner Unzufriedenheit und Unruhe inmitten des alten Kontinents³⁵. Ein Nachbarland, das unter organischer Kontrolle der Alliierten für den Wiederaufbau Europas produziere, berge hingegen Vorteile für alle. Reparationen und Restitutionen seien gewiß unverzichtbar, jedoch über einen möglichst kurzen Zeitraum und nach Maßgabe deutscher Liefermöglichkeiten statt französischer Schäden einzufordern³⁶. Bedacht werden müsse die folgeschwere, nach 1918 gemachte Erfahrung, daß »les nations démocratiques manquent de la constance morale et mentale indispensables«, um eine dauerhaft repressive Reparationspolitik durchzuhalten³⁷. Unter allen Umständen gelte es zu vermeiden, daß ein Nährboden für neue nationalistische Bewegungen entstehe, oder Moskau aus einem solchen Chaos Profit schlage und seine kontinentale Macht nach dem erwarteten Rückzug der angelsächsischen Truppen vergrößere³⁸.

Das Problem- und Machtbewußtsein eines Großteils der neuen ehrgeizigen Pariser Eliten hatte sich gewandelt. Fraglos war »das Frankreich eines neuen Frühlings

32 Claude BOURDET, Parler aux peuples, in: Combat, 5.6.48.

33 Vgl. Hervé Alphand, Note sur les projets d'organisation économique européenne, 3.4.44, SAEF B 30002.

34 Vgl. Louis Joxe, Generalsekretär des CFLN, später des GPRF, La sécurité de la France, 18.3.44, AN F60 889.

35 Vgl. Mémoire sur le désarmement économique du Reich, Affaires allemandes, 17.1.44, AMAE GU (1939/45) 700.

36 Vgl. Robert Marjolin, zwischen Anfang 1942 und September 1943 Mitarbeiter der Wirtschaftsabteilung im Kommissariat für Auswärtige Angelegenheiten, Note préliminaire, 26.3.43, AMAE GU (1939/45) 1487.

37 Vgl. Hervé Alphand, Réparations, 26.1.44, AMAE GU (1939/45) 717.

38 Vgl. Note du commissaire aux affaires étrangères sur la politique étrangère de la France, 23.10.43, AN 363 AP 3.

Sache der Jungen«³⁹, und selbst auswärtige Diplomaten zeigten sich »impressed by intelligence and youth of highest officials«⁴⁰. Ausschlaggebend war der Konsens über die tiefere Ursache für das Kriegsdebakel 1940: die 30er Jahre. Sie galten den Akteuren als Phase zunehmender politischer, wirtschaftlicher und moralischer Schwäche der Nation, standen für Dekadenz und Verfall der Dritten Republik, für Autoritätsverlust und Konzessionismus in der Außenpolitik, für Malthusianismus und Protektionismus im Wirtschaftsleben, für allgemeine Verunsicherung und Desorientierung der Menschen. Daraus waren für die Nachkriegsjahre produktive Schlüsse zu ziehen, innen-, außen- und deutschlandpolitisch, denn es konnte nicht angehen »de revenir à la situation d'avant 1940 où, sur tous les plans, la France était en train de perdre sa position de Grande Nation«⁴¹.

Modernisierung lautete die Zauberformel. Modernisierung von »nos méthodes et notre esprit«⁴² war die Maxime eines Landes auf der Suche nach einem neuen nationalen Mythos, der die Menschen erfassen, begeistern und in eine bessere Zukunft führen, der aus Frankreich ein industriewirtschaftlich anerkanntes und politisch stabilisiertes Gemeinwesen machen sollte. Außenpolitisch wollte die Lektion des Münchener Abkommens gelernt sein. Völlig indiskutabel schien, sich durch die angelsächsischen Mächte zum Juniorpartner degradieren zu lassen, gerade wegen evidenter Wertegemeinschaft und sorgenvollem Blick auf Moskauer Europapläne. Stattdessen war verhandlungstaktische Hartnäckigkeit an den Tag zu legen, Aussichtsloses zu fordern, um wenigstens dem Realistischen nahezukommen.

Auf diplomatische Lernfähigkeit kam es an, auf eine nationale Interessenbestimmung, die Erfahrungen und Wahrnehmungen der Zwischenkriegszeit breit berücksichtigte: »retroussons nos manches« statt »l'Allemagne paiera«, wirtschaftliche statt territoriale Sicherheitskonzeption, Verwertung statt Vernichtung deutscher Industriepotentiale zugunsten europäischer Rekonstruktion, nüchternes Kalkül statt blinder Gefühle, Sicherung annehmbarer Ernährungsbedingungen statt materielle Not der Deutschen, vor allem Dominanz und Integration statt Dominanz und Desillusion des Nachbarlandes. Mit Idealismus hatte dies wenig zu tun. Langfristig stärker kooperativ als antagonistisch ausgerichtete deutsch-französische Beziehungen mußten Frankreichs ureigenstes Anliegen sein.

Auch nach der Befreiung blieben traditionelle Ansprüche selten ohne nuanciertere Gegeneinschätzung, die Reparationismus, Zerstückelung Deutschlands und Rhein-Ruhr-Saar-Abtrennung kritisch hinterfragten, die Sinn, Zweck und Erfolgchancen solcher Forderungen in Zweifel zogen⁴³. Faktisch verloren sie im Sommer und Herbst 1945 mehr und mehr den Rückhalt relevanter Regierungskreise bis hin zu de

39 Im Sommer 1940 vorausschauend BLOCH (wie Anm. 1) S. 231.

40 H. A. Marquand, Secretary of the Department of Overseas Trade, 24.9.45, DBPO I/V, S. 236, Anm. III.

41 André Philip, Rapport sur l'élaboration d'un programme d'action, 18.12.43, AMAE GU (1939/45) 1482.

42 Vgl. Discours programme de M. Pleven à l'Assemblée consultative, 4.7.45, SAEF B 33013.

43 Für die Frage politischer Separierung westdeutscher Territorien vgl. Jean Chauvel, Generalsekretär des Quai d'Orsay, an René Massigli, inzwischen französischer Botschafter in London, 30.12.44, AMAE PAAP 217/94.

Gaulle selbst, denn spätestens »la conférence de Londres a abouti à un échec dont rien n'annonce qu'il puisse être réparé avant longtemps«⁴⁴. Realistischere Ansinnen nahmen dagegen an Gewicht zu, vor allem eine Internationalisierung der Ruhr, vorzugsweise durch die drei Westmächte⁴⁵. Mitsprache-, Verfügungs- und Kontrollrechte über Produktion und Verteilung der Ruhrkohle waren das A und O, sollten kurzfristig den Modernisierungsmythos verwirklichen helfen, langfristig die wirtschaftliche Überlegenheit als bestem Garanten französischer Sicherheit und deutscher Integration. Weiter setzte Paris auf die Schaffung möglichst dezentraler politischer Strukturen in Deutschland und der Besatzungszone sowie auf die Grundlegung künftiger Kooperation und Annäherung durch eine entschlossene Kultur- und Demokratisierungspolitik.

Es sind solche Realziele, und nicht allein die anhaltenden Revanchediskurse, die den angemessenen Maßstab bilden für die Beurteilung von Erfolg und Mißerfolg französischen Handelns, aber auch von Konstruktivität und Destruktivität im interalliierten Vergleich. Integrationsgedanken neben Dominanzvorstellungen und Realziele neben Maximalpositionen legen zugleich nahe, konventionelle Bilder des amerikanisch-französischen Verhältnisses in der frühen Nachkriegszeit zu überdenken. Differenzen zwischen Paris und Washington waren nicht zwangsläufig Ausdruck diametral entgegengesetzter Planungen und Praktiken in der deutschen Frage, basierten nicht zuletzt auf unterschiedlichen taktischen Vorgehensweisen zur Wahrung nationaler Prämissen. Daneben stehen sie für ein permanentes Abstecken französischer Handlungsmargen im Zeichen struktureller Asymmetrie, schließlich für spezifische außenpolitische Stilfragen, ideologische Grundüberzeugungen und kulturelle Handlungsmuster diesseits wie jenseits des Atlantiks.

In beiden Ländern war der Weg von der Planungsebene zur praktischen Deutschland- und Besatzungspolitik ein inkrementaler. Es war ein Weg komplexer regierungsinterner Entscheidungsfindung und Interessenbalance unter Abwägung kurzfristiger Vorteile und langfristiger Vorhaben, ein Weg der kleinen Schritte und Beschlüsse, der Reaktionen auf innen-, außen- und besatzungspolitische Strukturen und Maßnahmen. Fast unweigerlich kam es zu Mittelwegs- und Verlegenheitslösungen, die nach ständiger Anpassung verlangten⁴⁶. Hier wie dort standen 1944/45 traditionellere Deutschlandvisionen neben zukunftsreicheren Ansätzen, die Integration und Kooperation mitdachten. Auch in Frankreich waren sie hausgemacht, bedurften weder amerikanischer Druckausübung noch Kalter-Kriegs-Auguren, wohl aber eines zurückhaltenderen Umgangs.

44 Brief de Gaulle an General Pierre-Marie Koenig, Oberkommandierender der französischen Besatzungszone in Deutschland, 29.10.45, in: Charles DE GAULLE, *Lettres, Notes et Carnets* (LNC), Bd. 6: 1945–1951, Paris 1984, S. 106ff.; noch während der Konferenz de Gaulle an Bidault, 29.9.45, ebd., S. 89f.

45 Vgl. Bidault an de Gaulle, 27. bzw. 28.9.45, AN 457 AP 6.

46 Für die Vereinigten Staaten überzeugend John H. BACKER, *Die Entscheidung zur Teilung Deutschlands. Amerikas Deutschlandpolitik 1943–1948*, München 1981, S. 163–170; für Frankreich am Beispiel der Saarfrage vgl. Dietmar HÜSER, *Die Saar in den internationalen Beziehungen nach dem Zweiten Weltkrieg – Ungewisse Planspiele, zögerliche Praxis und funktionales Potential in einem nachgeordneten Politikfeld*, in: Rainer HUDEMANN, Burkhard JELLONNEK, Bernd RAULS (Hg.), *Grenz-Fall. Das Saarland zwischen Frankreich und Deutschland 1945–1960*, St. Ingbert 1997, S. 97–120 (112–119).

Denn wenn Dominanz und Integration keine Gegensätze bildeten, sondern konzeptionell zusammengehörten⁴⁷, wenn prinzipiell amerikanische und französische Betrachtungsweisen enger beieinander lagen als vielfach vermutet, dann bleibt die Frage, warum es erst seit Sommer und Herbst 1948 zu einer vorsichtigen unverblümteren Annäherung zwischen Paris und Washington kam. Welche sind die Hintergründe bilateraler Konfliktstrukturen zum Deutschlandproblem? Oder anders gewendet: Was motivierte Frankreichs »doppelte Deutschlandpolitik«, eine Politik, bei der seit der Jahreswende 1945/46 offizielle und inoffizielle Standpunkte auseinanderfielen? Wie läßt sich der breite Graben deuten zwischen regierungsamtlich konsequent kultivierten, obgleich als sinn- und chancenlos erachteten Maximalpositionen und den intern zunehmend gewichtigeren, für zweckmäßig und ansatzweise erreichbar gehaltenen Realzielen?

Ein erstes, bereits angedeutetes Faktorenbündel hebt auf die gewaltige Problemfülle im Innern des Landes ab, auf das krasse Mißverhältnis zwischen zugespitzten politischen und militärischen, sozialen und wirtschaftlichen, materiellen und mentalen Schwierigkeiten sowie den äußerst begrenzten Mitteln, sie im befreiten Frankreich kurzfristig in den Griff zu bekommen. Zeitgleich sahen sich die Verantwortlichen einer Öffentlichkeit gegenüber, die angesichts nicht enden wollender Engpässe und Provisorien nach Blitzableitern suchte. Die »doppelte Deutschlandpolitik« war aus der Not heraus geboren, erschien als geringstes Übel, als Chance auf Integration widerstreitender Optionen, als Mittel zur Verkleisterung allgegenwärtiger Problemlagen. Ein differenzierter Deutschlanddiskurs erbrachte unweigerlich – Reaktionen auf de Gaulle-Äußerungen in der Besatzungszone Anfang Oktober 1945 untermauern dies – Zusatzschwierigkeiten, die sich niemand leisten konnte und wollte. Deutschland war und blieb Mobilisierungsthema.

Eine ausgeprägte Sensibilität für hexagonale Meinungsströme und vielfältige Rücksichtnahmen auf die Stimmungslage der Nation waren daher unumstößliche Gebote der Stunde. Gerade im Zusammenwirken mit allgemeiner Unzufriedenheit, sozialen Spannungen und kommunistischer Hegemonie stellte die latente Germanophobie Demokratie, Regime und Modernisierung potentiell in Frage. Beträchtliche Sach-, Koalitions- und Wahlzwänge wurzelten im Regierungssystem selbst: Galt der Revanchediskurs angesichts ständiger Urnengänge anfangs als probates Mittel tripartistischer Einbindung des PCF, so diente er seit Mai 1947 oppositionellen Kommunisten und Gaullisten, um die Dritte-Kraft-Regierungen und die junge Vierte Republik zu diskreditieren⁴⁸.

Ein zweites Erklärungsmuster »doppelter Deutschlandpolitik« zielt auf Frankreichs Stellung auf der internationalen Nachkriegsbühne, vor allem seine Bande zu den Vereinigten Staaten. Eröffneten nicht innenpolitische Krisen außenpolitische Nutzungschancen, solange glaubwürdig behauptet werden konnte, eine öffentliche Kurskorrektur gegenüber Deutschland würde das sozio-ökonomische Chaos ver-

47 Tendenziell bereits 1945 ARON (wie Anm. 20) S. 438ff. Kritisch zuletzt Gilbert ZIEBURA, *Die deutsch-französischen Beziehungen seit 1945. Mythen und Realitäten*, überarbeitete und aktualisierte Neuausgabe, Stuttgart 1997, S. 69f.

48 Vgl. MAE, Note pour le Ministre [Bidault], *Conversations franco-américaines sur l'Allemagne*, 20.8.47, AN 457 AP 62.

schärfen und einer kommunistischen Regierungsübernahme den Boden bereiten? Gilt es nicht Abschied zu nehmen von der klassischen Supermacht-These, daß es für Washington dank seines Machtpotentials ein Leichtes sein mußte, Paris gefügig zu machen, innen-, finanz- und deutschlandpolitisch⁴⁹?

II. Bilaterale Praktiken: Politik, Taktik, Kompromisse

Frühe Nachkriegsverhandlungen und Argumentationsmuster: Zwänge und Chancen

Die Unterredungen, die de Gaulle, Bidault und weitere hohe Beamte des Quai d'Orsay Ende August 1945 mit den Amtskollegen in Washington führten, waren sichtbarer Ausdruck wechselseitiger Abhängigkeitsstrukturen trotz machtpolitischer Diskrepanz. Präjudizierende Wirkung hatten sie in mehrfacher Hinsicht, französischerseits für die Aussichtslosigkeit maximalistischer Deutschlandforderungen und die Nützlichkeit, sie dennoch formal aufrechtzuerhalten, amerikanischerseits für die Rücksichtnahme auf die angespannte innere Situation und die beschränkten Druckmittel, um Frankreich bei Meinungsverschiedenheiten zum Einlenken zu bewegen.

Schon vier Tage vor dem Abflug gab sich Paris selbstbewußt. Ein vorbereitendes Papier postulierte, daß die amerikanische Administration *«est parfaitement consciente du fait que notre pays constitue la pièce maîtresse de toute construction continentale»*, daß sie *«est d'autre part très frappée de cet autre fait que le parti communiste français est le second parti communiste du monde»*⁵⁰. Die Diagnose fand Bestätigung. Zwar ließ sich niemand auch nur annähernd auf die Rhein-Ruhr-Forderungen ein⁵¹. Wohl aber trat der kategorische Wille zutage, schnellstmöglich wirtschaftlich zu helfen, um die angespannten französischen Verhältnisse vor Referendum und Legislativwahlen zu entschärfen⁵².

Noch deutlicher als US-Präsident und -Außenminister wurden die Beamten des State Department. Alphanth zufolge kennzeichneten sämtliche Gesprächspartner *«une France forte»* als Axiom amerikanischer Politik. Dies impliziere ökonomische Restauration und eine aktive Rolle bei den internationalen Nachkriegsregelungen. Vor allem aber läge ihnen daran, der französischen Regierung *«des satisfactions lui permettant de se consolider devant l'opinion française»* zu geben, da sie *«redouteraient en effet l'arrivée au pouvoir d'un gouvernement d'extrême gauche.»*⁵³ Damit bot sich Paris die Möglichkeit, hexagonale Zwangslagen in internationale Trümpfe zu verwandeln.

Der bilaterale Meinungs austausch im August 1945 zeichnete Komponenten eines Verhandlungsmechanismus vor, der für Paris profitabel erschien, diesseits des Atlan-

49 Ausführlich und mit detaillierten Quellenbelegen zu den im folgenden skizzierten Verhandlungen vgl. HÜSER (wie Anm. 2) S. 275–283 u. 657–713.

50 Maurice Dejean, Note, 17.8.45, AMAE Y (1944/49) 19.

51 Vgl. Brief Jean Chauvel an René Massigli, 2.9.45, AMAE PAAP 217/59.

52 Vgl. Gespräche Bidault mit Byrnes, 23.8. bzw. 24.8.45, AMAE Y (1944/49) 19.

53 MAE, Dir.Amér., 31.8.45, AMAE PAAP 217/59; Résumé des conversations de M. Alphanth, 26.8.45, AN 457 AP 80.

tiks auf der Inszenierung der relativen Macht des Schwachen beruhte, jenseits des Atlantiks die relative Schwäche des Mächtigen offenlegte. Unter den Bedingungen der frühen Nachkriegszeit verteilten sich die Trumpfkarten nicht analog zu den respektiven Machtpotentialen. Obstinez in der deutschen Frage gehorchte fortan nicht mehr bloß einer inneren Notwendigkeit zur Befriedigung und Ablenkung der Franzosen, sondern gleichzeitig der Chance auf lohnenswerten Einsatz nach außen. Der bevorstehende Wahl- und Referendenzyklus – zwischen Ende April 1945 und Anfang Dezember 1946 schritten die Franzosen elf Mal zur Wahlurne – erleichterte nicht gerade kohärente Politpraktiken⁵⁴, bot aber ideale Anknüpfungspunkte, allgemeine Notstands-, PCF- und Germanophobie-Argumentationen verstärkt in die diplomatischen Erörterungen einzubringen.

Deutschlandpolitischen Maximalismen kam dabei eine besondere Bedeutung zu. Wirtschafts- und sicherheitspolitische Prämissen der Vereinigten Staaten definierte allein Washington, und innerfranzösische Zwangslagen allein mußten Paris amerikanischer Mildtätigkeit ausliefern, es zum passiven Almosen-Empfänger degradieren. Dagegen erlaubte striktes, glaubwürdiges Festhalten an traditionellen Deutschlandansprüchen, der Dringlichkeit von Krediten und der Unumgänglichkeit anderer Sicherheitskonzessionen Nachdruck zu verleihen. Erst solche autonom einsetz- und aktivierbaren argumentativen Gegengewichte verringerten die Gefahr einer Bevormundung ohne Rückendeckung.

Faktisch banden die Vereinigten Staaten finanzökonomische und materielle Hilfen nicht an deutschlandpolitische Zugeständnisse der Franzosen. Bereits das Darlehen in Höhe von 550 Mio. Dollar, das die Export-Import-Bank am 4. Dezember 1945 gewährte, veranschaulichte dies. Auch der Verlauf und das Ergebnis der Unterredungen, die am 28. Mai 1946 zur Unterzeichnung des Blum-Byrnes-Abkommens führen sollten, waren mehr als symptomatisch für das bilaterale Verhältnis. Niemandem blieb der Zusammenhang zwischen US-Kredit und Parlamentswahlen fünf Tage später verborgen, und Kritik ließ sich kaum vermeiden am amerikanischen Vorgehen gegenüber Frankreich, *«wo unsere Politik darin bestand, die Regierung zu verhätscheln ... Als wir Druck anwandten, war es zu spät und wir konnten unsere Drohungen, die französische Politik durch die Anleihe an Deutschland zu binden, nicht durchführen, weil die Anleihe zum Kauf der Wahlen verwendet wurde»*⁵⁵. Letztlich handelte es sich um einen Kompromiß, bei dem erneut die Komplexität kurz- und langfristiger Dependenzstrukturen zutage trat. Während das State Department durch eine Politik der kleinen Kredite eine formelle Annäherung deutschlandpolitischer Standpunkte langfristig präjudizieren konnte, sah es sich im eigenen Interesse nicht imstande, seine Macht kurzfristig in politische Pressionen umzuwandeln⁵⁶. Dagegen hatte Paris die Chance, durch ein Beharren auf maximali-

54 Zum Absentismus aus Wahlkampfgründen, vgl. Brief Plevin an de Gaulle, 9.10.45, SAEF 5 A 9 u. Antwort de Gaulle an Plevin, 15.10.45, in: De Gaulle, LNC VI, S. 100; Brief Massigli an Bidault, 26.10.45, AMAE PAAP 217/92; Brief Chauvel an Massigli, 25.10.46, AMAE Z Europe (1944/49) Allemagne 80; Chauvel, Note, 6.11.46, AMAE Y (1944/49) 289 sowie Note pour la Direction d'Europe, o.A., 9.11.46, ebd.

55 Brief Kindleberger an Mason u. Galbraith, 13.8.46, zit. bei Daniel YERGIN, Der zerbrochene Frieden. Der Ursprung des Kalten Krieges und die Teilung Europas, Frankfurt a. M. 1979, S. 435 Anm. 21.

56 Vgl. z. B. Acheson an Byrnes, 13.5.46, FRUS 1946 (V) S. 778f.

stischen Grundhaltungen kurzfristig gewisse Hilfsleistungen zu ergattern⁵⁷, rückte aber mit dem Rekurs auf US-Dollar langfristig dem Punkt näher, an dem ein offizielles Einschwenken in der »*logique des choses*«⁵⁸ lag.

Die Karten lagen für beide Partner offen auf dem Tisch, ein Pokerspiel, bei dem jede Seite um den Bluff des anderen wußte. Doch verteilten sich die Trümpfe weiter dergestalt, daß potentielle Alternativen weniger attraktiv und risikoreicher erschienen als die gewählten Optionen. Die wesentlichen Verhandlungselemente bestanden fort: Urnengänge Anfang Juni, Mitte Oktober, Mitte und Ende November sowie Anfang Dezember 1946, ein fürchterlicher Winter 1946/47 mit weiterhin hungern- den und frierenden Franzosen, verstärkte kommunistische Mobilisierung gegen das Regime und seine Politik, ein nun auch parteipolitisch aktiv(istisch)er de Gaulle, der dem State Department antikommunistischer Rekurs und systemerschütternde Gefahr zugleich war.

Damit blieb es bei amerikanischer Furcht vor Kommunisten und Chaos, bei französischem Kalkül zwischen Hinhalten und Drohen, bei amerikanischen Reaktionen zwischen Zuckerbrot und Peitsche, schließlich bei einem französischen Selbstbewußtsein, das im Zuge des Kalten Krieges eher zu- als abnahm: »*Actuellement, c'est nous qui sommes sollicités*«⁵⁹. Frankreich sah sich nicht als Almosenempfänger, war doch der Rekonstruktionserfolg ein politisches und wirtschaftliches Hauptanliegen der Vereinigten Staaten: »*Sans aide américaine à l'Europe, ce continent ne sera plus le client qu'il était autrefois pour les États-Unis*« und »*risque d'être le théâtre de crises sociales et politiques extrêmement graves qui rendraient impossible à l'avenir le maintien du genre de civilisation qui est à la fois commun à l'Amérique et l'Europe occidentale*«⁶⁰.

Eine Art Echternacher Springprozession war die Folge: drei Schritte vor, zwei zurück, und ein deutschlandpolitischer »Fortschritt«, mit dem sich die Franzosen insgeheim längst arrangiert hatten, dies jedoch verbindlich erst nach gewissen wirtschafts- oder sicherheitspolitischen Kompensationen zugestehen mochten. Für Paris versprach eine vehemente Reaktion auf erwartete US-Initiativen in Deutschlandfragen allemal größeren Nutzen als eigenes Vorpreschen mit differenzierten Realzielvorschlägen, das doch nur die innenpolitische Lage angeheizt und die außenpolitische Ausgangsbasis verschlechtert hätte. Ein Musterbeispiel sind die parallel zu den Pariser Marshallplan-Gesprächen geführten Diskussionen um die Erhöhung des bizonalen Industrieniveaus im Sommer 1947. Konzessionen berührten vor allem die Ruhr, Frankreichs Primärziel: Zugriffsrechte auf die Kohle, Besitzverhältnisse der Gruben, Absage an eine Rekonstruktionspriorität für Westdeutschland und Bindung seiner Wiederaufbaufortschritte an die französischen⁶¹, angesichts laufender Marshallplan-Konsultationen alles andere als ein floskelhaftes Zugeständ-

57 Vgl. Bidault gegenüber Matthews, 1.5.46, FRUS 1946 (II) S. 204ff.

58 Bidault später vor der Commission exécutive du Mouvement Républicain Populaire (MRP), 2.5.47, AN 350 AP 45.

59 Bidault auf eine Frage zur Zonenfusion, SAAN Com.Aff.Étr. 23.5.47.

60 MAE, Dir.Éco., Gespräch Alphant/Kennan in Paris, 2.9.47, AN 80 AJ 266; ähnlich Jean Monnet, Mémoire pour Georges Bidault, 22.7.47, AMF 14/1/3.

61 Communiqué final franco-anglo-américain en date du 28 août 1947, zit. nach: La Documentation Française, Notes documentaires et études n°737, Série textes et documents – CLX, 1.10.47, S. 5f.

nis. Die Gegenleistung bestand in der Veröffentlichung des Clay-Robertson-Abkommens und der Beibehaltung der auf jährlich 10,7 Mio. Tonnen festgelegten Stahlproduktion. Den Amerikanern war klar, daß die Clay-Robertson-Vereinbarungen Kompensationsforderungen provozieren, den Franzosen, daß elaborierte Konzepte für eine Internationale Ruhrbehörde zu früh kommen würden.

Am Ende waren die Konzessionen in der Tat beidseitig, und um sich in der Ruhrfrage eine Verhandlungsgrundlage für die Zukunft zu schaffen, hatte Frankreich nicht einmal seine Trumpfkarte der Westzonenfusion ausspielen müssen. In der Hinterhand ließ sie sich für die Durchsetzung weiterer deutschlandpolitischer Kompromisse nutzen. Daneben diente sie der nachdrücklichen Einladung an die westliche Vormacht, durch wirtschaftliches und militärisches Engagement ein »*empire by invitation*«⁶² in der Alten Welt zu begründen, und dies wohlweislich zur Gunst und Sicherheit der Nation⁶³.

Marshallplan und Nordatlantiktakt: Hegemonie und Unabhängigkeit

Die aufsehenerregende amerikanische Eile beim Wiederaufbau eines westdeutschen Staates bereitete Paris allergrößtes Kopfzerbrechen. Zugleich war klar, je mehr sich der Kalte Krieg erhitzte, umso mehr mußte den Vereinigten Staaten an einer öffentlichkeitswirksamen Isolierung der Sowjetunion liegen. Im Laufe des Jahres 1946 fühlte sich der Quai d'Orsay zunehmend umworben, sich enger in den angelsächsischen Dunstkreis einbinden zu lassen, doch allein aus innenpolitischen Gründen war dies völlig unmöglich⁶⁴. Dabei blieb es zunächst. Washingtons Haltung der Folgemonate schwankte zwischen Druckandrohung und Konzilianz. Paris beobachtete die Auseinandersetzungen innerhalb der US-Administration genau und konnte auf der Moskauer Außenministerratstagung befriedigt konstatieren, daß sich Marshall und besonders Dulles gegen Clay durchgesetzt hatten.

Amerikanische Vorstöße zugunsten eines Zusammenschlusses der westlichen Besatzungsgebiete erlaubten Paris, realzielorientierte Deutschlandbedingungen für den Fusionsfall zu konkretisieren: möglichst weitreichend dezentralisierte politische Strukturen, definitiver wirtschaftlicher Anschluß der Saar, befriedigende Lösung für die Finanzierung des absehbaren trizonalen Handelsbilanzdefizits, fortgesetzte Bewahrung gewisser besatzungsökonomischer Vorteile im deutschen Südwesten, vorherige Übereinkunft zu Ruhrkontrolle, Industrieniveau und Kohlevertei- lung⁶⁵

62 Geir LUNDESTAD, »Empire by Invitation«? The United States and Western Europe 1945–1952, in: Charles S. MAIER (Hg.), *The Cold War in Europe. Era of a Divided Continent*, 3. Auflage, Princeton 1996, S. 143–165 (152–157). Zuletzt John Lewis GADDIS, *We now know. Rethinking Cold War History*, Oxford 1997, S. 49ff.

63 Vgl. Charles S. MAIER, *Hegemony and Autonomy within the Western Alliance*, in: LEFFLER, PAINTER (wie Anm. 29) S. 154–174 (157, 170), der betont, gerade die »*consensual hegemony*« habe beträchtliche Flexibilität für nationale Zielperspektiven ermöglicht.

64 Chauvel im Gespräch mit Caffery, 11.6.46, FRUS 1946 (V) S. 566f.; Druck auf Frankreich – führte Chauvel weiter aus – könne nur das Gegenteil dessen bewirken, was sich die Vereinigten Staaten erhofften.

65 Vgl. z. B. Bidault an Bonnet, 14.11.47, AMAE Y (1944/49) 296 u. 16.2.48, AMAE Y (1944/49) 299; Bidault an Massigli, 4.3.48, AMAE Y (1944/49) 399 u. 22.4.48, AMAE Y (1944/49) 304.

sowie dauerhafter Verbleib amerikanischer Truppen in Deutschland und eine Allianz als militärische Ergänzung zum ökonomischen Engagement⁶⁶.

Für Frankreich waren Interimshilfe und Marshallplan-Gelder von überragender Bedeutung, finanzwirtschaftlich wie wirtschaftspsychologisch. Als »*aide immédiate qui permet de faire face à une situation aigue*«⁶⁷ sorgten sie zunächst für erweiterte Handlungsspielräume. Dann stärkte das Projekt das Selbstbewußtsein nicht-kommunistischer Kräfte gegenüber PCF und CGT, ein »*psychological success*«, der »*was four-fifths accomplished before the first supplies arrived*«⁶⁸. Schließlich gestattete das Ausmaß der Hilfsleistungen sowie die Art ihrer Verwendung eine rasche Verwirklichung des ehrgeizigen Monnetschen Modernisierungsplanes⁶⁹. Es hielt den Glauben an einen rascheren Wiederaufbau im Vergleich zum deutschen halbwegs aufrecht, beschleunigte ihn zumindest und verbreiterte die ökonomische Basis der *trente glorieuses*.

Nicht weniger bedeutsam als für Paris der Marshallplan selbst, war für Washington eine französische Beteiligung daran. Einmal stand die uramerikanische Idee Pate, Produktivität bilde ein demokratiethoretisches Konzept und Wirtschaftswachstum entziehe dem Marxismus den Nährboden. Gleichzeitig erschien ohne französische Zufriedenstellung der westdeutsche Europäisierungsprozeß aussichtslos und die amerikanische Integrationsstrategie ebenso zum Scheitern verurteilt wie die unmißverständliche Ausgrenzung der Sowjetunion. In Westdeutschland lag der wirtschaftliche Schlüssel für europäische Rekonstruktion, in Frankreich der politische Schlüssel für einen deutschen Wiederaufbau im europäischen Rahmen.

Die Vereinigten Staaten standen deutschland- und frankreichpolitisch unter Handlungsdruck. Die Schwierigkeit bestand darin, den Wiederaufbau Westdeutschlands vorantreiben und für Westeuropa ertragreich gestalten zu wollen, dies allerdings zeitgleich den dort vielfach krisengeschüttelten und sicherheitsfrenetischen Politikern und Öffentlichkeiten schmackhaft machen zu müssen⁷⁰. Die ersten Monate der Auseinandersetzungen um deutsche Zentralverwaltungsstellen hatten gezeigt, daß Washington im Herbst 1945 nicht bereit war, ein einheitliches Deutschland mit politischer und sozio-ökonomischer Instabilität seines westlichen Nachbarn zu erkaufen. Das Blum-Byrnes-Abkommen fiel bereits in eine Phase europapolitischer Neuorientierung, wie sie die Byrnes-Rede in Stuttgart am 6. September 1946 als Symbol deutschlandpolitischer Trendwende wie auch frankreichpolitischem Konzessionsstreben dokumentieren sollte⁷¹: Deutschland geriet stärker ins Blickfeld, doch ohne daß Frankreich daraus verschwand. Die Moskauer Außenmi-

66 Dezidiert z. B. Bidault/Teitgen, Memorandum of Conversation, 29.1.48, FRUS 1948 (III) S. 617–622.

67 Vgl. ENA-Vortrag von Mendès France, 8.1.48, in: DERS., Œuvres complètes, Bd. 2, Paris 1984, S. 216–220 (217).

68 George F. Kennan, Interview am 2.2.53, zit. bei Wilson D. MISCAMBLE, George F. Kennan and the Making of American Foreign Policy 1947–1950, Princeton 1992, S. 74.

69 Vgl. Jean Monnet, Memorandum für Bidault, 28.6.48, AN 457 AP 22.

70 Vgl. JCS 1769/1, United States assistance to other countries, 20.4.47, in: Thomas H. ETZOLD, John Lewis GADDIS (Hg.), Containment. Documents on American Policy and Strategy 1945–1950, New York 1978, S. 71–83 (73f.).

71 Dazu Chauvel im Gespräch mit Matthews, 17.9.46, AN 457 AP 61.

nisterratstagung, die Erörterungen über das westdeutsche Industrieniveau und den Marshallplan markierten weitere grundlegende Schritte, die den Kalten Krieg offiziellisierten und die modifizierte kontinentale Gewichtung amerikanischer Westeuropapolitik implementierte.

Deutschland wurde mehr und mehr Kernstück Washingtoner Europapolitik, und dennoch war es dies nie allein. Der Kalte Krieg beeinträchtigte den Stellenwert Frankreichs nicht, stieg doch tendenziell die Furcht vor kommunistischen Machtübernahmen und möglichen Domino-Effekten⁷². Auch war das Mißtrauen gegenüber dem ehemaligen Kriegsgegner nicht von heute auf morgen gegenstandslos geworden. Nicht ohne Grund avancierte Frankreich nach Großbritannien und vor Westdeutschland zum zweiten Empfängerland amerikanischer Marshallplan-Hilfe und handelte heraus, die Gegenwertmittel investitions- und produktivitäts- statt konsumorientiert einzusetzen. Ähnlich wie in der Deutschlandpolitik gelang es den Vereinigten Staaten auch in der Wirtschafts- und Finanzpolitik nie, die französischen Regierungen durch Pressionen zu einem Kurswechsel zu bewegen. Übergeordnete militärisch-ideologische Absichten sprachen dagegen⁷³. Damit erhielten die Gelder einen Hauch nationaler Befreiungskredite, die es – wie Jean Monnet gehofft hatte – auf lange Sicht erlaubten »*de produire plus, de vivre mieux, de nous rééquiper et, finalement, d'assurer notre indépendance*«⁷⁴.

Der Absicherung nationaler Unabhängigkeit sollte auch die langfristige amerikanische Truppenpräsenz dienen, die schon früh ein Ziel französischer Nachkriegspolitik bildete. Der ausufernde Kalte Krieg und die wachsende Bedrohungsperzeption gegenüber der Sowjetunion, die Rekonstruktionstendenzen in und das Sicherheitsbedürfnis gegenüber Deutschland sowie Schreckgespenster einer möglichen Rapallo-Lösung als »*le plus grand danger qui puisse nous menacer*«⁷⁵, ließen sein Gewicht ansteigen. Deutschlandpolitische Zugeständnisse an Garantien im Rahmen einer atlantischen Militärallianz zu binden, bot sich geradezu an. Erste konkrete Demarchen unternahm Bidault Ende 1947 gemeinsam mit seinem britischen Amtskollegen Ernest Bevin⁷⁶. Der Brüsseler Pakt vom März 1948 blieb eine Etappe, vermochte Bidaults Bedürfnis nach Gleichberechtigung im angelsächsischen Klub nicht zu befriedigen.

Washington fand sich in dem Dilemma wieder, das finanzökonomischer Beistand hatte verhindern sollen: ohne dauerhaftes militärisches Engagement erfolgreiche Sicherheitspolitik im Sinne einer »doppelten Eindämmung« zu betreiben, um damit eine allseits akzeptierte westdeutsche Einbindung in den Rekonstruktionsprozeß

72 Unzählige Hinweise etwa in den CIA-Berichten »*Review of the world situation as it relates to the security of the United States*«, in: Karl DRECHSLER (Hg.), Alternative Concepts of United States Foreign Policy 1943–1947, Berlin 1992, S. 221–227 (224), 229–234 (230), 239–247 (239ff.), 247–252 (247ff.), 253–260 (255f.).

73 Dezidiert Chiarella ESPOSITO, America's Feeble Weapon. Funding the Marshall Plan in France and Italy 1948–1950, Westport, London 1994, S. 54–60, 82–89, 115–119, 207.

74 Jean Monnet, Note sur les crédits extérieurs, 11.11.47, AN 80 AJ 266.

75 Pierre de Leusse, *Sous-directeur d'Europe centrale*, Instructions pour la délégation française, 4.11.47, AMAE PAAP 217/65.

76 Vgl. Entretiens Bidault/Marshall, Marshall/Bevin, Bevin/Bidault, 17.12.47, AMAE Y (1944/49) 229.

und einen Machtausgleich zwischen Westeuropa und der Sowjetunion zu gewährleisten. Stattdessen drohten nun die ERP-Mittel aufgrund steigender europäischer Verteidigungsausgaben wirkungslos und zweckentfremdet zu verpuffen. Es galt über materielle und psychologische Militärhilfe in Form von Ausrüstungsgegenständen nachzudenken, wenn nicht über eine »concrete military alliance (against the Soviet attack)«⁷⁷. Im State Department waren die Meinungen geteilt, doch erhöhten sich die Aussichten auf ein Bündnis in der zweiten Phase der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz über die Zukunft Westdeutschlands⁷⁸.

Die konkrete Ausgestaltung war allerdings längst nicht geklärt und der Weg führte keineswegs zwangsläufig zur *North Atlantic Treaty Organization*. Erst die am 23. Juni 1948 beginnende Berlin-Blockade sollte den Weg frei machen für eine integrierte euro-amerikanische Verteidigungsorganisation. Frankreichs kommunistische Karte und Trizonen-Trumpf waren intakt. Der Kohlestreik von Oktober/November 1948 hatte neuerlich amerikanische Sorgen um einen Umsturz genährt⁷⁹, und es wurde immer deutlicher, daß nur »a pact of this nature would give France a greater sense of security against Germany as well as the Soviet Union and should materially help in the realistic consideration of the problem of Germany«⁸⁰.

Mit der Unterzeichnung von Nordatlantikpakt, Besatzungsstatut und Ruhrstatut im April 1949 erfolgten aus französischer Sicht die Konkretisierung und Absicherung von Vandenberg-Resolution, prinzipieller Trizonenzustimmung und Internationaler Ruhr-Kontrollbehörde. Zwar enthielt Artikel 5 des NATO-Vertrages keine automatische Beistandsklausel, zwar blieben Grad und Verbindlichkeit des amerikanischen Einsatzes vorerst offen, zwar herrschte in Washington selbst weiterhin eine eher restriktive Paktauslegung vor, doch konnte am militärischen Engagement in der Alten Welt sowie am Ende des Isolationismus kein Zweifel mehr bestehen: ein Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte.

Für Frankreich hatten sich die Erörterungen zwischen Anfang Juli 1948 und Anfang April 1949 durchaus nicht als eine Geschichte der ständigen Unterordnung erwiesen. Wiederum ließen sich vielerlei Auffassungen gegen die ursprüngliche Renitenz der Amerikaner durchsetzen. Im Ergebnis bot der Pakt bemerkenswerte Vorteile: eine amerikanische Sicherheitsgarantie für das westliche Europa gegen potentielle deutsche wie sowjetische Angriffe; eine Gewährleistung dauerhafter amerikanischer Truppenpräsenz auf dem Kontinent; eine Strategie, die vorsah, sowjetische Attacken in Deutschland statt an den Pyrenäen bzw. der Kanalküste zu stoppen; eine Ausweitung der Sicherheitszone auf den Mittelmeerraum durch die Mitgliedschaft Italiens sowie die Einbeziehung der Algerien-Departements. Überdies sagte Washington ein Militärhilfesofortprogramm zu. Damit ließ sich französischen Verpflichtungen im Rahmen der Westeuropäischen Union nachkommen, vor allem gestattete es, Kriegsgerät in den Kolonien einzusetzen, ohne die wirtschaftli-

77 Caffery an Marshall über Gespräch mit Bidault, 2.3.48, FRUS 1948 (III) S. 34f.

78 Vgl. Bidault an Massigli, 22.4.48, AMAE Y (1944/49) 304; Pierre de Leusse, Note, Le problème de la sécurité et la Conférence de Londres, 4.6.48, AMAE Y (1944/49) 306.

79 Dazu FRUS 1948 (III) S. 662ff. u. 666–682 sowie Lovett an Harriman, 3.12.48, ebd., S. 300–310 (306ff.).

80 Memorandum of Conversation by Acheson, 14.2.49, FRUS 1949 (IV) S. 108ff. (109).

che Modernisierung zu untergraben. Nicht anders als Frankreich gut ein Jahr später mit dem Schumanplan Supranationalität im Sinne nationalstaatlicher Prämissen zu instrumentalisieren wußte, nutzte es mit der NATO ein atlantisches Verteidigungsbündnis auch für imperiale Zwecke.

Angesichts von *dollar gap* und *power gap* waren Marshallplan und NATO-Pakt durchaus auch Erfolge Pariser Nachkriegsdiplomatie. Gewiß sind die Vereinigten Staaten nicht nach Europa hineingeschliddert, und gewiß beruhte das Engagement nicht auf idealistischen Anwendungen: Washington hatte eigene Interessen und Pläne, eine kreative Friedens- und eine expansiv angelegte Sicherheitskonzeption als Lehre aus zwei Weltkriegen⁸¹. In beiden war Frankreich kontinentaler Angelpunkt. Gewiß aber sind Art und Weise des amerikanischen Vorgehens, Art und Weise der Akzentverschiebung im Kalten Krieg, Art und Weise des Umgangs mit der deutschen Frage durch die westeuropäischen Staaten beträchtlich mitbeeinflusst worden.

Die prekäre Lage im Inneren spielte eine maßgebliche Rolle. Genauso bedeutsam war das Kalkül, beharrlich Deutschlandpositionen trotz erwiesener Sinn-, Zweck- und Chancenlosigkeit glaubhaft zu pflegen und erst dann graduell davon abzugehen, wenn sich die Vereinigten Staaten im Gegenzug auf Sicherheitsgarantien einließen. Bis zuletzt jedenfalls glaubte Paris an seinen Trizonen-Trumpf und nicht an einen bizonalen Alleingang zu seinen Lasten⁸². Zwar erlaubte es selbst das Zusammenwirken von germanophober Öffentlichkeit, kommunistischer Gefahr und deutschlandpolitischer Obstinenz nicht, der US-Administration den eigenen Willen aufzuzwingen, geschweige denn deutschland- bzw. frankreichpolitische Realziele ohne Abstriche zu verwirklichen. Doch halfen sie, daß auch Washington dies nicht gelang.

Französische Verhandlungsoption: machtpolitische Schwäche und kalkulierte Provokation

Bidaults Devise »il faut tenir les Américains sans les perdre«⁸³ besaß ein langes Leben, weit über die Frühphase des Kalten Krieges hinaus. Sie verweist auf grundlegende diplomatische Ansatzpunkte des schwächeren Partners in einer bilateralen Beziehung struktureller Asymmetrie sowie auf spezifische nationale Prämissen und kulturelle Muster, die eine bestimmte Taktik gegenüber einer anderen als gesamtpolitisch einträglicher erscheinen läßt. Die »doppelte Deutschlandpolitik« war eine Antwort auf die Frage, wie denn Frankreich gesamtpolitisch am profitabelsten mit der eigenen machtpolitischen Schwäche umgehen solle. Schon zu Widerstandszeiten in Algier fand sie sich kontrovers diskutiert.

Anfangs kristallisierten sich zwei Ansichten idealtypisch heraus. Die einen, Masigli und Viénot beispielsweise, traten dafür ein, im diplomatischen Verkehr gar nicht erst präzise Stellung zu beziehen⁸⁴. Andere, de Gaulle oder Louis Joxe, waren

81 Dazu auch Michael H. HUNT, *Ideology and U.S. Foreign Policy*, New Haven, London 1987, S. 150–153.

82 Vgl. Koenig an Außenminister Robert Schuman, 14.2.49, AMAE Z Europe (1944/49) Allemagne 81; weitere Hinweise ebd.

83 Georges Bidault rückblickend vor dem MRP-Exekutivsausschuß, 7.12.50, AN 350 AP 49.

84 Brief Viénot an Massigli a.s. Conditions d'armistice à imposer à l'Allemagne, 5.2.44, AMAE GU (1939/45) 653.

gegenteiliger Meinung: Reservierung der Zukunft und Aufrechterhaltung aller Optionen durch das Einklagen höchstmöglicher Ansprüche als Grundlage künftiger internationaler Debatten über Deutschland⁸⁵. Je geringer die Aussichten waren, je mehr sie als »*solution hardie*« erschienen, umso stärker galt es zu insistieren⁸⁶, denn »*sa faiblesse même lui impose l'offensive*«⁸⁷. Seit Sommer 1945 trat ein weiterer eigenständiger Ansatz zutage. Das Bidaultsche Verhandlungskalkül lag näher bei dem de Gaulles als bei dem des Karrierediplomaten Massigli. Der volksrepublikanische Parteipolitiker richtete sich weiter an Maximalpositionen aus, trat aber weniger barsch und anmaßend auf, agierte kompromiß- und kompensationsorientierter⁸⁸. Er zog ein argumentiertes »Ja, aber« einem konsequenten »Nein, danke« vor und versetzte damit de Gaulle ein ums andere Mal in helle Aufregung: »*C'est le style Quai d'Orsay d'accepter sous des réserves qui ne se réalisent jamais*«⁸⁹.

Mit de Gaulles Rücktritt am 20. Januar 1946 wurde Bidaults »Oui, mais« endgültig zur diplomatischen Leitlinie. Bidault, Alphand und andere vermochten nicht »*les avantages que nous procureraient dans l'immédiat une révision de nos thèses*« zu erkennen, trotz monatelanger »*opposition générale au détachement politique de la Ruhr et de la Rhénanie*«⁹⁰. Nur wenn Frankreich – so schien es ihnen – weiter maximalistisch auftrat, nur wenn es die eigene Schwäche ignorierte und die Trümpfe des Kleinen gegenüber dem Großen möglichst lange konservierte, ließen sich überhaupt relevante Ergebnisse erringen und künftige Sicherheit gewährleisten: »*Il serait sans doute présomptueux d'imaginer qu'on puisse, dans une négociation, gagner cent pour cent de ce qu'on demande. Mais ce qui, en revanche, est certain, c'est qu'on perdra cent pour cent de ce qu'on demande si à l'origine on commence par s'aligner sur le partenaire. ... , je vous ai dit que nous n'obtiendrons pas cent pour cent, mais si l'opinion publique nous aide suffisamment et si nous faisons preuve de ténacité sur ces points essentiels, nous ne céderons pas cent pour cent*«⁹¹.

Die Durchsetzung von »*environ 50% avec ceux qui ont bien voulu essayer de nous comprendre*« zuzüglich des Saarwirtschaftsanschlusses, die der Außenminister später auf sein taktisches Geschick verbuchte⁹², lassen sich schwerlich nachweisen, zu

85 Vgl. Louis Joxe, Note pour le Général de Gaulle a.s. Politique de la France en Rhénanie, 2.2.44, AN F60 889; Note pour le Général de Gaulle a.s. Clauses d'un armistice éventuel avec l'Allemagne, 15.4.44, ebd.

86 Hervé Alphand, Note pour M. Massigli, 2.3.44, AMAE GU (1939/45) 717; ähnlich Monnet an Mayer, 15.12.43, SAEF B 33001.

87 Jacques Rueff, Note sur la préparation des prochaines négociations, o.D., Sommer 1944, SAEF B 33000.

88 Dies blieb auswärtigen Diplomaten nicht verborgen, vgl. Duff Cooper an Bevin, 14.8.45, in: DBPO I/V, S. 19 Anm. 15.

89 Ministerratssitzung, 28.12.45, zit. nach Jules MOCH, Rencontres avec Charles de Gaulle, Paris 1971, S. 96–104 (101).

90 Note Alphand a.s. problèmes allemands, 18.7.46, AMAE PAAP 217/63. Zuvor ähnlich Brief Alphand an Bidault, 2.2.46, AN 457 AP 61; Telegramm Alphand an französische Botschafter in London, Washington, Moskau, Brüssel, Prag und Den Haag, 30.3.46, AMAE Y (1944/49) 370; Hervé Alphand, Note pour le Ministre, 16.5.46, AMAE Y (1944/49) 356.

91 Georges Bidault vor dem außenpolitischen Ausschuß des Conseil de la République, DAS Com.Aff.Étr. 26.2.47.

92 Vgl. SAAN Com.Aff.Étr. 9.6.48.

100% kapitulierte hatte er jedenfalls nicht. Obwohl Bidaults Manöver im Quai d'Orsay nicht völlig unumstritten blieben, kam es gegenüber dem östlichen Nachbarn letztendlich zu Ergebnissen, mit denen Paris leben, mit denen es realistischerweise rechnen konnte. Die Bilanz fiel gewiß nicht durchweg positiv aus, gemessen an der Ausgangslage jedoch ebensowenig durchweg negativ: eine wirtschaftliche Angliederung der Saar, eine halbwegs befriedigende Ruhrlösung, ein leidlich dezentralisierter westdeutscher Staat, eine prioritäre Beteiligung am Marshallplan, eine passable atlantische Verteidigungsorganisation sowie Vorbehaltsrechte im Rahmen des Besatzungstatuts. Eine wirtschaftliche Vorrangstellung mochte Frankreich nicht gelingen, doch fundierte es spätestens mit dem Schumanplan sein jahrzehntelang unangefochtenes politisches Primat auf dem Kontinent und tarierte die absehbare finanzwirtschaftliche Überlegenheit der Bundesrepublik im *équilibre des déséquilibres* aus. Faktisch gingen Dominanz und Integration Hand in Hand.

Alternativen sind denkbar. Zunächst sind die potentiellen hexagonalen Konsequenzen einer deutschlandpolitisch von vornherein offiziell angelsächsisch ausgerichteten Option abzuschätzen. Die französischen Verantwortlichen hielten das Risiko für beachtlich und suchten es zu vermeiden. Mehr noch als anti-amerikanische Speerspitzen war ein konsequenter Revanche-Diskurs gegenüber Deutschland Balsam auf die Wunden des angekratzten Nationalstolzes und wirkte stabilisierend. Durch Politik als Kunst des Möglichen galt es aus einer schwierigen Situation das Beste zu machen und das meiste herauszuholen. Ein Kurs, wie London ihn gegenüber Washington steuerte, war für Paris kaum realistisch. Die Rahmenbedingungen waren fundamental andere.

Das gemeinsame Selbstverständnis als europäische Nationalstaaten mit weltumspannenden Kolonialreichen und Hort westlicher Zivilisation und Demokratie vermochte die Kluft kaum zu überdecken: abweichende Kriegserfahrungen, britische Erfolgsgeschichte und französisches Okkupationstrauma; gegenläufige Verarbeitung durch die öffentlichen Meinungen, mit breiteren deutschlandpolitischen Handlungsspielräumen für das Foreign Office als für den Quai d'Orsay⁹³, verschiedenen große Zwangslagen im Innern und Instrumentalisierungschancen nach außen; andersartige innenpolitische Prämissen, sozialpolitische Absicherung des Status quo durch die Labour-Regierung, gesellschaftliche und wirtschaftliche Modernisierung von Grund auf durch die Verantwortlichen in Frankreich; ungleicher Status auf der internationalen Bühne, London als unumstrittenes Mitglied im Klub der »Großen Drei«, Paris als verspätete Siegermacht und »Möchtegern-Großer«; unterschiedliche Organisation und finanzwirtschaftlich-kommerzielle Relevanz der Kolonialreiche mit Folgen für die Gewichtung kolonial- und europapolitischer Präferenzen; schließlich abweichend unterfütterte transatlantische Beziehungen, *special relationship* auf der einen Seite, strukturelle Asymmetrie auf der anderen⁹⁴.

93 Aus französischer Sicht vgl. Massigli an Bidault, Politique britannique, 24.10.46, AMAE Z Europe (1944/49) Allemagne 80; MAE, SDir.Eur.Nord, La Grande-Bretagne et la »Bonne Allemagne«, 21.7.47, ebd.; Massigli an Bidault, 28.1.47, AMAE Z Europe (1944/49) Grande-Bretagne 37.

94 Vgl. Clemens A. WURM, Die Integrations- und Europapolitik Frankreichs und Großbritanniens seit 1945 im Vergleich, in: Heinrich August WINKLER, Hartmut KAEUBLE (Hg.), Nationalismus–Nationalitäten–Supranationalität, Stuttgart 1993, S. 334–357 (336–342).

Frankreich und Großbritannien waren zwar in manchem Bereich aufeinander angewiesen. Und beide benötigten bei Kriegsende Finanzspritzen aus Übersee. Doch standen sie nicht weniger in Konkurrenz zueinander, folgten anderen kulturellen Mustern, wählten verschiedene Schachzüge gegenüber Washington. In Anerkennung der machtpolitischen Konstellation schien es Großbritannien, daß »*mieux vaut persuader les plus forts que de marcher à leur rencontre*«⁹⁵, während sich Frankreich gegen die internationalen Realitäten wehrte, an seiner Taktik der kalkulierten Provokation festhielt. Damit entwickelte sich das Politikfeld »Deutschland« für die Briten mehr und mehr zu einem transatlantischen Kooperations-, für die Franzosen von vornherein eher zu einem Konfrontationsterrain. Während sie die Rolle des schwierigen Partners verinnerlichten, setzte das Foreign Office auf eine relativ einvernehmliche anglo-amerikanische Deutschlandlinie und übte sich mehr in besatzungspolitischer Zurückhaltung zugunsten des finanzkräftigeren Partners.

Die britische Deutschlandpolitik durfte offiziell nichts kosten und konnte bald auf Revancherhetorik verzichten: das Steuerzahlerargument wurzelte nicht weniger in heimischen Realitäten als das französische Germanophobieargument. Gab es für Paris gute Gründe, ein symbolträchtiges formelles Zusammengehen der westlichen Besatzungsgebiete in Deutschland zu einem frühen Zeitpunkt auszuschlagen, stellte Washingtons Bizonenofferte für London die Gunst der Stunde dar, die es unter allen Umständen zu ergreifen galt. Der Kooperationskurs meinte keineswegs konfliktfreie amerikanisch-britische Nachkriegsbeziehungen. Ebenso wenig bedeutete er den Verzicht auf politische Einflußnahme, wohl aber auf prinzipielle Opposition als Ausgangspunkt für Kompromißfindung und Mittel der Interessendurchsetzung.

Für Bidault war dies keine sinnvolle Option, zumal Washington durchgängig zu verstehen gab, daß es Paris nicht fallenlassen wollte und konnte. Die Vereinigten Staaten betrachteten Frankreich weiter als »*key country in furthering its over-all objectives for the increased prosperity and economic and political integration of non-Soviet Europe*«⁹⁶, denn »*France and France alone can take the decisive leadership in integrating Western Germany into Western Europe*«⁹⁷. Die Initiative zum Schumanplan am 9. Mai 1950 trug dem Rechnung. Angelegt war sie seit langem. Französische Modernisierung durch äußeren Konkurrenzdruck wie auch Kontrolle Deutschlands durch westalliierte Ruhrlösung galt den neuen Pariser Politik- und Verwaltungseliten schon 1944/45 als zentrale Prämisse künftiger Größe und Sicherheit. Dank abschätzbar geringerer regimedestabilisierender Risiken und höherem konjunkturellen Bedarf zusätzlich motiviert, begründete Frankreich nun seine politische Führungsrolle gegenüber der Bundesrepublik auf dem Kontinent. Es setzte sich damit letztlich an die Spitze eines europäischen Einigungsprozesses, der zugleich die strukturelle Asymmetrie gegenüber den Vereinigten Staaten kompensieren half.

RÉSUMÉ FRANÇAIS

Peu d'événements ont marqué l'histoire française au XX^e siècle autant que la débâcle militaire en mai/juin 1940. Par son ampleur et par ses conséquences, elle a profondément traumatisé les Français et bouleversé l'idée qu'ils avaient du rôle de leur pays sur la scène mondiale. Expression d'une crise d'identité nationale, elle symbolise en même temps une crise des regards que d'autres, y compris les États-Unis, portaient sur la France. Césure fondamentale dans les relations franco-américaines, les rapports de force s'en trouvaient définitivement renversés, et c'est dans le cadre d'une asymétrie structurelle au profit du partenaire outre-atlantique que la diplomatie française devait désormais évoluer.

L'article plaide pour une histoire des relations internationales qui, sur la base d'une documentation vaste et consciencieusement établie, tient largement compte des facteurs structurels et culturels dans l'analyse et dans l'interprétation des faits. Il se propose d'élucider le jeu complexe des images de soi et des images de l'autre entre la France et les États-Unis, les processus d'adaptation des corps diplomatiques respectifs ainsi que les approches politiques qui en découlaient, tant dans les négociations bilatérales qu'envers l'Allemagne vaincue.

A Paris, la majorité des décideurs en place, tout à fait consciente de l'affaiblissement français et d'un conflit est-ouest à venir, hantée par la décadence des années trente, par Rapallo et Munich, optait pour une tactique de surenchère usant des pouvoirs du faible vis-à-vis du fort. S'ensuivit, et non sans succès, une politique de provocations calculées, seule capable, aux yeux des acteurs parisiens, d'atteindre certains des objectifs économiques et sécuritaires fixés. Washington, de son côté, se voyait dans l'impossibilité d'engager toute sa puissance pour faire politiquement pression sur les autorités françaises ou pour agir directement sur leurs décisions gouvernementales, à moins de courir le risque d'une impulsion supplémentaire à un parti communiste déjà culturellement hégémonique et champion en germanophobie. Dans les négociations, chaque côté subissait, en quelque sorte, les contraintes de l'autre: étant au courant de sa stratégie et des concessions à devoir faire, chacun tentait néanmoins de les monnayer le mieux possible.

95 Churchill gegenüber de Gaulle, 13.10.44, vgl. Charles DE GAULLE, Mémoires de guerre, Bd. 3: Le salut, Paris 1959, S. 64.

96 Policy statement of the Department of State, 20.9.48, FRUS 1948 (III) S. 651–659 (652).

97 Acheson an David Bruce, seit Mai 1949 Nachfolger Cafferys, 19.10.49, FRUS 1949 (IV) S. 469–472 (470).